Anzeiger für das Havelland.

Spandauer Anzeiger.

Erscheint jeden Abend 4½ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2 M., durch die Post 2,25 M.

Inserate die Petitzeile 20 Pf., für Spandauer Inserenten 15 Pf. Reklamen pro Zeile 40 Pf. Beilagen 30 M.

Redaktion und Expedition: Potsdamer Str. 48. • Fernsprecher: Spandau Nr. 52. Hopf.

Verantwortlicher Redakteur: Th. Güttich in Spandau. Verlag und Druck der Hopf'schen Verlagsbuchdruckerei in Spandau.

Nr. 21. Spandau, Sonnabend, den 25. Januar 1908. 50. Jahrgang.

Aus dem Havellande.

Spandau, den 24. Januar 1908.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** „Es wechseln die Zeiten, mit ihnen auch wir." So sagt ein lateinisches Sprichwort, nicht aber sagt es, wie lang diese Zeiten des Wechsels sind, ob Wochen, Monde oder Jahre darunter verstanden werden sollen. Der Magistrat hat jedenfalls die Spanne zu gering genommen, wenn er gestern schon wieder die Anschaffung eines Feuerwehrautomobils der Versammlung empfahl, nachdem diese erst am 28. November v. J. den gleichen Wunsch abgelehnt hatte. Die diesmalige Vorlage ist nicht ganz klar, man wird aber nicht fehlgehen, wenn man die Anschaffungskosten eines solchen elektrisch bewegten Angriffswagens mit etwa 25 000 M. annimmt. Dazu kommen nun 10 Prozent Abschreibung, die man z. B. bei Akkumulatoren gewiß rechnen muß, und vielleicht 1000 M. Unterhaltungskosten, das ergibt 28 500 M. oder nach dem Staatseinkommensteuersoll von 1907, wo es mit 360 000 M. in den Etat eingestellt ist, 7,92 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer. Ob man an diesen Posten gedacht hat, als gestern vom Magistratstisch aus erklärt wurde, daß es, wenn auch schwer, so doch möglich sein würde, die Zuschläge wenigstens nicht zu erhöhen?

Allerdings hat die Versammlung selbst eine solche Erhöhung heraufbeschworen, als sie beim Bauetat, dessen Beratung sich im übrigen sehr ruhig vollzog, die Pflasterung der Mittelstraße noch im neuen Rechnungsjahr 1908 vorzunehmen beschloß. Indessen kann man hier wohl noch eher von einer Notwendigkeit sprechen als im ersten Falle. Dort schien man über dem Wunsche, das Automobil zu erhalten, vergessen zu haben, daß in jener Sitzung vom 28. November die Beschaffung einer neuen mechanischen Leiter als unbedingt nötig bezeichnet wurde, während es gestern hieß, das hätte nun noch ein Jahr Zeit. Wer's nicht überhört hat, mußte doch den Kopf schütteln; vermutlich würde dann übers Jahr die Leiter auch mit Automobilbetrieb beantragt worden sein, so daß die gleich hohe Summe noch einmal herauskäme. Bemerkenswert, wenn auch nicht mehr neu, ist aus dem Bauetat der Posten von 10 000 M., der für die Neuvermessung des Stadtgebiets und die Umwendung und Vereinheitlichung des Bebauungsplans ausgeworfen ist.

Daß wir von dieser Arbeit Gutes erwarten, haben wir schon wiederholt ausgesprochen. Da ihre Bewältigung bei dem großen Umfang der zu bearbeitenden Fläche mehrere Jahre beanspruchen wird, so wird man auch die Ergebnisse des unsern Lesern bekannten Preisausschreibens des „Ausschusses für die bauliche Entwicklung von Groß-Berlin" berücksichtigen können. Einen scheinbar kleinen, aber sehr zu lobenden Schritt im Sinne einer vernünftigen Ausgestaltung des Städtebildes hat die Versammlung auf die aus ihrer Mitte erfolgte Anregung hin schon gestern getan. Für das große Gelände zwischen der Neuendorfer, der Triftstraße, der Havel und dem Grundstück der Patzenhofer Brauerei wurde ein Fluchtlinienplan festgesetzt, der drei neue Straßen vorsieht. Davon soll die eine an dem Brauereigrundstück entlanglaufen, die zweite das Gelände der Länge nach durchschneiden und die dritte als Uferstraße angelegt werden. Die Versammlung wünscht nun, daß die Neuendorfer Straße hier um zwei Meter verbreitert und dafür, um die Eigentümer nicht zu schädigen, die Breite der Längs- und der Uferstraße um je einen Meter geringer angenommen wird. Wir können nur hoffen, daß sowohl der Magistrat wie die Eigentümer des Geländes sich dem Wunsche der Versammlung anschließen werden. Möchten besonders die letzten uneigennützig genug sein, denn für die Uferstraße bleibt ihnen bestimmt die hohe Bebauungsmöglichkeit. Hier liegt ja kein Grund vor, eine Ausnahme von der Regel zu versagen, daß ein Haus nicht höher als das Maß der Straßenbreite sein soll; an Luft und Licht kann es am Flusse niemals fehlen.

Von manchem andern war gestern noch die Rede. Die Geldsorgen der Stadt, durch das neuerliche Sinken des Zinsfußes nur leicht gemildert, Warenhaussteuer und Lehrerinnenseminar, Stadtratswahlen und Bohlwerksbauten wurden gestreift, doch ging es meist ohne wesentliche Debatten ab. Nur die neue Armenordnung wurde sehr gründlich besprochen, obwohl der warmherzigen Befürwortung durch den Berichterstatter kaum erhebliche Einwände entgegengesetzt werden konnten. Auf den aus der Versammlung heraus geäußerten Wunsch, daß die Leitung des Armenwesens lieber in die Hände eines Laien gelegt werden möchte, erwiderte der gegenwärtige Dezernent, daß dem Juristen „am grünen Tisch" ja nur die Bearbeitung der Rechtsfragen obliege, während die eigentliche Armenpflege von Laien ausgeübt werde. Daß mehrere Mitglieder der Versammlung sich zum Teil etwas drastisch gegen die Verwendung weiblicher Armenpfleger aussprachen, nahmen die übrigen wiederholt mit Heiterkeit auf. Die gute Meinung, die sowohl der Dezernent wie der Berichterstatter von dieser Mitwirkung des weiblichen Geschlechts haben, trug jedenfalls den Sieg davon. Und mit Recht. Daß man nicht Backfische dazu verwenden wird, ist selbstverständlich. Aber bei den ältern Frauen, mögen sie verheiratet sein oder nicht, den Ernst der Auffassung ihrer Pflichten zu bezweifeln und daß sie diesen gewachsen seien, das heißt den Frauen unsrer Zeit bitter unrecht tun. Für die Vergangenheit leugnet niemand, daß die Charitas in weiblichen Händen gut aufgehoben war, man denke an das Standbild auf der Gertraudtenbrücke in Berlin. Heute nun müssen zahllose Frauen um des Erwerbes willen aus dem Hause hinaustreten, dagegen gibt es kein Sträuben mehr; warum sollen sie es nun nicht auch in der Armenpflege tun? Daß das sogenannte Elberfelder System, das dort durch Daniel von der Heydt im Jahre 1852 eingeführt worden ist, zu alt sei, um als Vorbild für uns zu dienen, kann wohl nur dem als stichhaltig erscheinen, der es nicht kennt. Seine Grundzüge — auf den Wortlaut der damals erlassenen Armenordnung kommt es natürlich nicht an — sind längst überall eingeführt, und gerade der Grundsatz der möglichst großen Selbständigkeit der einzelnen Armenpfleger soll nach der erfreulichen Erklärung des Dezernenten in Spandau durchgeführt werden. Möchten sich nun auch immer die nötigen Menschen, Frauen und Männer, finden, die nach der neuen Ordnung den Armen im Sinne jenes alten rheinischen Patriziers zu helfen gewillt und fähig sind!

---

* Der kommandierende General des 3. Armeekorps v. Bülow besichtigte heute das Artillerie-Depot und die Brieftaubenstation. Aus Anlaß der Anwesenheit des kommandierenden Generals waren auf der Zitadelle, der Pionier- und der Trainkaserne Fahnen gehißt.

* In den von der „Freien Lehrerkonferenz" veranstalteten wissenschaftlichen Vorlesungen setzte Herr Professor Schmitt am gestrigen Abend seinen Vortrag über das Zeitalter Friedrich Wilhelms IV. fort. Die öffentliche Meinung hatte nach den ersten Regierungshandlungen des Königs über ihn ihr Urteil längst gründlich geändert. Man dachte jetzt oft zurück an Friedrich Wilhelm III., der nicht seine Entschlüsse so oft wechselte und so viele Reden gehalten hatte. Eine öffentliche Meinung in dem Maße wie heute gab es damals nicht; denn das Zeitungswesen war wenig entwickelt. Die wichtigsten Tageszeitungen waren die Vossische und die Spener'sche Zeitung. Weil an Zeitungen ein Mangel war, wollte der König selbst eine gründen, die ein Organ der Gebildeten, etwas liberal sein und vor allen Dingen sich scharf gegen alle Opposition wenden sollte. Professor Dahlmann sollte die redaktionelle Leitung übernehmen, er weigerte sich aber, weil seine persönliche Ueberzeugung wesentlich von den Ansichten der Regierung abwiche. Das Unternehmen zerschlug sich. Inzwischen hatte der König Eichhorn zum Kultusminister berufen. Eichhorn, ein Finanzgenie, das segensreich im Zollverein gewirkt hatte und in jungen Jahren sogar als Demagoge verdächtigt worden war, hätte Finanzminister werden müssen, aber niemals Kultusminister. Der König war der Meinung, daß Eichhorn, weil er früher mit Professoren wie Schleiermacher verkehrt hatte, mit Professoren am besten fertig werden könne. Eichhorn fing im Universitätswesen an zu bureaukratisieren, erließ Order über Order und verfügte sogar, daß der durchgearbeitete Stoff, um dem Unfleiß zu steuern, am Beginn jeder Vorlesung abgefragt werden sollte, wogegen die Professoren energisch protestierten. Schlimmer als dieses war aber, daß er anfing, ihm unbequeme Professoren zu verfolgen. So wurde unter andern Professor Hoffmann in Breslau, der Dichter des Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles", verdächtigt, Demagoge zu sein. Als Professor Hoffmann sich wehrte und Schwierigkeiten machte, wurde er abgesetzt und ohne Pension entlassen. Nach vergeblichen Versuchen, seinen Unterhalt durch Vorlesungen zu erwerben, kam er nach Berlin und wurde wegen angeblicher Demonstration bei einem den Gebrüdern Grimm dargebrachten Fackelzug des Landes verwiesen. Dem Wunsch des Königs entsprechend wurde Professor Schering trotz des Einspruchs der Berliner Universitätsprofessoren nach Berlin berufen. Professor Paulus veröffentlichte ein Kollegheft Professor Scherings, das eine sinnentstellte Nachschrift einer seiner Vorlesungen enthielt. Als Professor Paulus von der Anklage des verbotenen Nachdrucks gerichtlich freigesprochen wurde, legte Schering sein Lehramt nieder. Das war für den König ein schwerer Schlag. Dem Professor Märker und dem Grafen Stillfried, die eine Hohenzollernkunde herausgaben, wurden vom Kultusminister Schwierigkeiten gemacht, als sie auch die philosophischen Werke Friedrichs des Großen veröffentlichen wollten. Diese könnten doch anstoßen, weil sie zu freigeistig waren. — Große Kämpfe entbrannten unter Eichhorn auf religiösem Gebiete. Man behauptete, Eichhorn begünstige die rechtsstehenden Richtungen, obgleich er selbst nur die Strenggläubigkeit heuchele. Man verlangte, er solle nach Berlin Professoren der linken Richtung berufen. Dagegen wehrte sich Eichhorn. Die Studenten der Universität Halle verlangten die Berufung des sehr freien Professors David Strauß und richteten eine dahingehende Petition an den König. Der König nahm die Angelegenheit, die er eigentlich als Studentenstreich hätte ansehen sollen, sehr ernst und ging mit harten Strafen gegen die Studenten vor. Auch die Lehrfreiheit der Universität Königsberg wurde von Eichhorn und dem König angegriffen. Bei dem Kommers am Vorabend eines Universitätsfestes hielt Eichhorn eine Rede, in der er betonte, alle Unbotmäßigkeit zu bestrafen, gegen welchen Vorwurf der Rektor sich energisch verwahrte. Am Festtage hielt der König ebenfalls eine Rede, Nachdem er eine halbe Stunde gesprochen hatte, brach die Sonne durch, und nun fing er plötzlich an zu schimpfen auf die Finsternis, die über der Universität lagere. Durch alle solche Begebenheiten wuchs die Erregung im Volk. — Wurde auch gegen die freien Richtungen in der Kirche vorgegangen, so wollte doch der König gegen Protestanten und Katholiken Gleichberechtigung üben. Um der katholischen Kirche etwas Gutes zu erweisen, förderte er den Kölner Dombau, und um der protestantischen Kirche etwas zugute zu tun, wollte er die ganze protestantische Kirche Deutschlands in ein großes Bistum umgestalten. An der Spitze sollte ein Erzbischof-Metropolitan, unter diesem etwa 300 Bischöfe stehen. Diese Idee des Königs fand aber wenig Anklang. Der König war darüber erbittert und versuchte nun seine Idee in Jerusalem zu verwirklichen. Mit England traf er das Abkommen, daß Preußen und England abwechselnd den Erzbischof-Metropolitan stellen sollten. Der König glaubte in Dr. Alexander, der evangelischer Konfession, deutsch und jüdischer Herkunft war, den geeigneten Mann für diese Stellung gefunden zu haben. Alexander wurde erster Bischof in Jerusalem. Friedrich Wilhelm IV. ließ die gebrechlichen Reste der norwegischen Kirche Wang nach dem Riesengebirge schaffen und mit Verwendung von vielem Riesengebirgsholz dort wieder aufbauen. In Königsberg wurde Divisionspfarrer Rupp entfernt, weil er vor den Soldaten gegen das Glaubensbekenntnis gepredigt hatte. Der Generalsynode, die der König einberief und in der er seine Idee, ein deutsches Bistum zu gründen, durchzusetzen hoffte, sprach er ihrer vermittelnden Stellung wegen sein ernstes Mißfallen aus. Wegen kirchlicher Angelegenheiten richtete der Berliner Magistrat eine Adresse an den König, der darüber höchst ungehalten war und verlangte, daß die Mitglieder des Magistrats selber die „freche" Adresse überbringen sollten, wobei sie tüchtig abgekanzelt wurden. Für Verkehrsinteressen hatte der König einen praktischen Sinn. Die Bahn von Hamburg nach Kiel wurde als Christians VIII. Ostseebahn gebaut. Für den Bau der Bahn Berlin—Königsberg war das Privatkapital nicht zu gewinnen, weil das Unternehmen zu große Kosten erforderte. Der König wollte sie nun selbst bauen und berief zu diesem Zweck den aus den Vertretern der acht Provinziallandtage zusammengesetzten „Vereinigten Landtag". Bei der Eröffnung hielt der König eine glänzende Rede. Eine Verfassung wolle er nicht geben. Nie, nie, nie wolle er zwischen sich und sein Volk ein Blatt Papier, die Verfassung, bringen. Der „Vereinigte Landtag" sollte das Geld für den Bahnbau bewilligen. Ostpreußen war dagegen. Darüber war der König so erzürnt, daß er den Befehl gab, die Bahn überhaupt nicht zu bauen, den Landtag nicht selbst schloß und nichts versprach, auch nicht die zweijährige Einberufung. — Die nächste Vorlesung ist am Donnerstag, den 30. d. Mts., zu der, wie zu allen übrigen, höflichst gebeten wird, recht pünktlich zu erscheinen.

* Zu der **Arbeitslosenversammlung**, die vom hiesigen Gewerkschaftskartell für heute vormittag 10½ Uhr nach dem Kumke'schen Saal, Schönwalder Straße, einberufen worden war, hatten sich etwa 500 Personen eingefunden. Zu dieser Versammlung waren auch der Magistrat und die Stadtverordneten eingeladen. Von diesen war aber niemand erschienen; selbst nicht die sozialdemokratischen Stadtverordneten. Ein Referent war auch nicht erschienen. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins Pieser eröffnete die Versammlung und vertagte sie wieder auf 20 Minuten. Nach Wiedereröffnung sprach er dann zur Versammlung über den auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand, die Verpflichtung von Staat und Gemeinde gegenüber der Arbeitslosigkeit. Es gelangte folgende von Herrn Böhle eingebrachte Erklärung zur Annahme:

Die heute im Kumke'schen Lokal tagende zahlreich besuchte Versammlung der Arbeitslosen spricht zunächst ihr Bedauern über das Nichterscheinen des Magistrats und der Stadtverordneten aus. Sie verlangt von Staat und Gemeinde gegenüber der gegenwärtig herrschenden großen Arbeitslosigkeit Inangriffnahme aller geplanten Bauten und sonstigen Unternehmungen in eigner Regie unter voller Innehaltung der von den Gewerkschaften festgesetzten Lohntarife, ferner sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und endlich Erleichterung der kommunalen Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber. Sie weist aber jede Unterstützung auf das entschiedenste zurück, welche den Charakter der Armenunterstützung tragen würde.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß der jetzige wirtschaftliche Niedergang nicht eine zufällige Erscheinung, sondern ein Produkt der heutigen Wirtschaftsordnung ist, die nur durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung gebessert werden kann.

Die Versammlung verlangt daher besonders vom Staat die Aufhebung aller Beschränkungen der Koalitionsfreiheit und Ausbau der sozialen Gesetzgebung unter Vermeidung aller Bevormundung durch die Behörden und endlich die Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel.

Ferner wurde beschlossen, daß das Bureau, bestehend aus den Herren Pieser, Strehlke und Bona, eine Petition wegen sofortiger Inangriffnahme von Notstandsarbeiten an Magistrat und Stadtverordnete richten solle. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Abraham, Holz, Linz, Böhle, Smitowski und Wende. Nach einem Schlußwort der Herren Pieser und Strehlke wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen, und die Teilnehmer aufgefordert, ruhig auseinander zu gehen. Die Versammelten folgten diesem Rat, so daß die Polizei nicht einzuschreiten brauchte.

* In der Budgetkommission des **Reichstags** kamen gestern die beiden folgenden in einer frühern Sitzung zurückgestellten Anträge zum Militäretat zur Besprechung: Ein Antrag v. Liebert, der lautet: „Die Kommission wolle beschließen, zu Kapitel 38 Titel 1: die Oberbüchsenmacher unter den Revisionsbeamten der Gewehrfabriken den Obermeistern und Oberrevisoren der artilleristischen Institute im Gehalt gleichzustellen (3000 bis 4800 M.)"; ferner ein Antrag Erzberger und Genossen, der ersucht, „spätestens im Reichshaushaltsetat für das Jahr 1909 Maßnahmen zu treffen, um 1) eine Erhöhung der Löhne der bei der Heeresverwaltung ausschließlich der Feldzeugmeisterei beschäftigten Personen in der Weise eintreten lassen zu können, daß die Löhne mindestens nicht hinter den ortsüblichen Löhnen zurückbleiben; 2) für die in der Feldzeugmeisterei beschäftigten Personen den Neunstundentag einschließlich der bezahlten Pausen durchführen zu können". — Abg. v. Elern stellte zu dem Antrag Erzberger folgenden Abänderungsantrag: „1) in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die Löhne der bei der Heeresverwaltung ausschließlich der

---

Diese Nummer ist 12 Seiten stark.